



Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris (Institut historique allemand)

Band 43 (2016)

Erik Grimmer-Solem: Bismarck von einem Kontinent zum Anderen. Der Transfer sozialpolitischer Ideen nach Japan und in die Vereinigten Staaten

DOI: 10.11588/fr.2016.0.44805

Copyright



Das Digitalisat wird Ihnen von perspectivia.net, der Online-Publikationsplattform der Max Weber Stiftung – Deutsche Geisteswissenschaftliche Institute im Ausland, zur Verfügung gestellt. Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

ERIK GRIMMER-SOLEM

BISMARCK VON EINEM KONTINENT ZUM ANDEREN

Der Transfer sozialpolitischer Ideen nach Japan und in die Vereinigten Staaten

Dieser Aufsatz widmet sich der Frage des Transfers und der Zirkulation Bismarckscher Ideen und sozialpolitischer Konzepte um die Jahrhundertwende vom 19. zum 20. Jahrhundert. Wie wurden deutsche sozialpolitische Modelle in den USA und Japan, und damit in vom Deutschen Kaiserreich abweichenden Kulturen, Gesellschaften und Staatsformen, aufgenommen und angepasst? Welche Vermittler und Institutionen waren dabei aktiv? Welche Umstände ermöglichten einen Transfer?

Bereits vor 1914 gab es einen außergewöhnlich regen Verkehr zwischen Deutschland, Japan und den Vereinigten Staaten, der sich schon seit 1880 rasch entwickelt hatte. Die neuen Kommunikations- und Verkehrsmittel, die Telegrafie, die Eisenbahn, die Dampfschiffahrt und der Kanalbau, ermöglichten den Verkehr zwischen diesen Ländern in bis dahin noch nicht vorhandener Form. Der Suezkanal und die amerikanische transkontinentale Eisenbahn, die beide erst 1869 in Betrieb genommen wurden, waren besonders wichtig für die Vernetzung Japans, Amerikas und Deutschlands um 1880. Die Kontakte zwischen diesen Ländern wurden auch durch den Umstand besonderer gemeinsamer Herausforderungen angespornt: die Industrie entwickelte sich in allen drei Ländern spät und der Staat spielte dabei eine wichtige Rolle als Förderer; Japan, die USA und Deutschland mussten zudem nach Bürgerkriegen in den 1860er Jahren weitreichende Staatsreformen durchführen, um eine gesplante Nation wieder zusammenzufügen. Alle drei Staaten waren zudem mit den Problemen der stark zunehmenden Urbanisierung konfrontiert. Japaner, Amerikaner und Deutsche hatten die Möglichkeit, im fernen Ausland im Bereich der Wissenschaft und Technik neue Erfahrungen zu sammeln, um den Fortschritt zu fördern und diesen Herausforderungen gerecht zu werden.

Was die Sozialpolitik und Sozialversicherung betrifft, war Deutschland ein Vorreiter, auch wenn die drei großen Gesetze zur Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Altersversicherung (1883, 1884, 1889), die mit Bismarck verbunden sind, aus einem eigenartigen Gemisch von Althergebrachtem und Modernem entstanden sind. Diese drei Gesetze schmolzen Autoritäres und Liberales, Christliches und Säkulares, Arbeitgeberlobby und Arbeiterfrage, Beamtenvorrecht und Parlamentarismus, Selbsthilfe sowie Staatshilfe zusammen. Sie geben also ein getreues Spiegelbild der vielen Widersprüche des Kaiserreichs der damaligen Zeit wieder (siehe dazu auch den Beitrag von Jürgen Kocka in diesem Band). Wie der deutsche Nationalökonom und Sozialpolitiker Gustav Schmoller es einmal trefflich ausgedrückt hat, waren die damalige volkswirtschaftliche Krise und die Sozialdemokratie »die geburtshelferische Zange, um dem längst ausgereiften Kinde einer reformatorischen Wirtschaftspolitik großen und nationalen Stiles zum Leben zu verhelfen«¹. Bismarcks Initiative in der Gesetzgebung war zweifelsohne von großer Bedeutung. Schmoller beschrieb ihn gar als einen »Moses, der mit seinem Stabe auf den

1 Gustav SCHMOLLER, Die beiden kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar 1890 im Lichte der deutschen Wirtschaftspolitik von 1866–1890, in: Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reich 14 (1890), S. 697–700, hier S. 697.

harten, dünnen Stein schlug und das lebendige Wasser der sozialen Versicherung hervorquellen machte«².

Ihrer eigenartigen Herkunft zum Trotz wurden die Gesetze damals – wie heute – als etwas gänzlich Neues wahrgenommen. Dies betraf zum Beispiel die Anwendung des Versicherungsprinzips auf alte Kernprobleme der Armenfürsorge und auf die neuen Herausforderungen der Arbeiterfrage: den Aufbruch aus der Welt der Almosen in Richtung Versicherungszwang und rechtliche Verbindlichkeiten gegenüber Versicherten, die nun bei Krankheit und Unfall, im Alter und Tod nicht mehr ihre Unabhängigkeit und Würde einbüßen mussten. Gewiss, bis zum heutigen Sozialstaat war es noch ein langer Weg, dennoch ging man mit der Bismarckschen Sozialgesetzgebung die ersten Schritte.

Die wichtigsten vermittelnden Institutionen im Transfer dieser Ideen in den 1880er Jahren waren die deutschen Universitäten. Sie waren in ihrer Vielfalt, der Breite ihres Lehrangebots und ihren hochwertigen Forschungsinstituten weltweit unübertroffen. Bei amerikanischen und japanischen Studierende galten sie mit Abstand als erste Wahl. Während sich im Jahre 1885 200 Amerikaner an der Berliner Universität immatrikulierten, lagen die Zahlen an der Pariser Sorbonne gerade einmal bei 30 Studierenden³. Zwischen 1820 und 1920 studierten mehr als 9000 Amerikaner in Deutschland⁴. Ähnliche Relationen galten für japanische Studierende, auch wenn deren Gesamtzahl im Ausland wesentlich bescheidener war. Von den 28 Japanern, die auf Staatskosten im Jahre 1901 zum Studium ins Ausland entsandt wurden, gingen nicht weniger als 22 nach Deutschland⁵. Nimmt man die japanischen Studierenden, die ihr Studium selbst finanzierten, hinzu, verschiebt sich der Fokus noch stärker in Richtung Deutschland. Zwischen 1868 und 1914 studierten mehr als 1000 japanische Medizinstudenten in Deutschland⁶.

Fast ausnahmslos berichten diese amerikanischen und japanischen Studierenden über die erstaunliche Offenheit deutscher Lehranstalten, die ihnen eine neue Welt des ernststen Forschens und Entdeckens eröffneten und Freundschaften mit Kommilitonen und Professoren sowie Bindungen zu Deutschland schufen, die oft ein Leben lang anhielten. Die deutschen Universitäten wurden damit zu Knotenpunkten der Vernetzung eines weltweiten Bildungsbürgertums und nahmen somit eine Schlüsselfunktion in der transnationalen Vermittlung sozialpolitischer Ideen ein. Deutsche Gelehrte in den Staatswissenschaften, wie etwa der schon erwähnte Gustav Schmoller und sein Kollege Adolph Wagner an der Berliner Universität, oder Lujo Brentano in München, waren zudem unter den ersten, welche die Arbeiterfrage schon in den 1860er Jahren durch wissenschaftliche Arbeiten, Lehre und Publizistik einer breiten deutschen Öffentlichkeit darlegten. Im von ihnen im Jahre 1873 gegründeten Verein für Sozialpolitik sollten die fraprierende Wissenslücke und das fehlende Verständnis über soziale Fragen, die sie im Staat

- 2 DERS., Vier Briefe über Bismarcks volkswirtschaftliche und socialpolitische Stellung und Bedeutung, in: *Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte* 12/1 (1899), S. 1–55, hier S. 34.
- 3 Jürgen HERBST, *The German Historical School in American Scholarship. A Study in the Transfer of Culture*, Ithaca 1965, S. 8–9.
- 4 *Ibid.*, S. 1. Siehe auch Konrad JARAUSCH, *American Students in Germany, 1815–1917: The Structure of German and U.S. Matriculants at Göttingen University*, in: Henry GEITZ, Jürgen HEIDEKING, Jürgen HERBST, *The German Influences on Education in the United States to 1917*, Washington, Cambridge 1995, S. 195–211.
- 5 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, I. HA Rep 76 Kultusministerium, V c Sekt. 1, Tit. 11, Teil VII, Nr. 22, Bd. 1, Bl. 283–284, Abschrift des Verzeichnisses aus dem Japanischen Staatsanzeiger vom 2. Oktober 1901.
- 6 Hoi-Eun KIM, *Doctors of Empire. Medical and Cultural Encounters between Imperial Germany and Japan*, Toronto 2014, S. 87.

und der deutschen Gesellschaft festgestellt hatten, gefüllt werden⁷. In den Versammlungen des Vereins für Sozialpolitik in den 1870er Jahren, an denen Gelehrte, Beamte, Unternehmer und Journalisten teilnahmen, wurden Themen wie Fabrikinspektion, Haftpflicht für Betriebsunfälle, Invaliden- und Alterskassen, Arbeiterschutz, und Tarifverhandlungsrecht durch eigene Erhebungen untersucht und verhandelt⁸.

Schlüsselpersonen, die an der Abfassung der Bismarckschen Versicherungsgesetze beteiligt waren, wie z. B. Theodor Lohmann, der seit 1881 vortragender Rat im Reichsamt des Innern war und den Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes ausarbeitete, nahmen an Tagungen und Verhandlungen des Vereins für Sozialpolitik teil. Sie gelangten auch durch dieses Engagement zu ihrem theoretischen und praktischen Fachwissen in Bezug auf Fragen der Sozialversicherung⁹. Scherzhaft bemerkte sogar Bismarck zu Schmoller im Jahre 1875, er sei selber auch »Kathedersozialist«, es fehle ihm nur die Zeit, um im Verein aktiv zu werden¹⁰.

Die »Kathedersozialisten«, wie diese Professoren von ihren Gegnern spöttisch genannt wurden, allen voran Schmoller, Wagner und Brentano, hatten in diesen Jahren eine ganze Reihe amerikanischer und japanischer Studierender, die durch ihr Studium bei ihnen oder durch Teilnahme an Jahrestagungen des Vereins für Sozialpolitik selbst in der Sozialreform aktiv wurden. Einige der später in der amerikanischen Sozialpolitik wichtigsten Personen waren Richard T. Ely, Henry Farnam, Edmund J. James, Edwin Seligman und Adna F. Weber. Ely, James und Seligman gründeten nach ihrer Rückkehr in die Vereinigten Staaten nach einer Reihe von erfolgreichen amerikanischen Arbeiterstreiks 1885 einen amerikanischen Verein für Sozialpolitik, die American Economic Association, die noch heute besteht¹¹. Im Jahre 1893 schrieb Edmund J. James, der erste Vizepräsident der American Economic Association, im Namen der American Academy of Political Science in Philadelphia einen Dankesbrief an Schmoller und den Verein für Sozialpolitik:

»We Americans are under a special obligation to you, not merely for the fact that [...] you have contributed such a large part of what is valuable to the literature of our subject, but especially for the liberal, indeed, one may say munificent way in which you have placed at our disposal the unparalleled opportunities for instruction offered by your system of universities. [...] and] the extraordinary good-will and kindness which the German professors as a class have shown to American students as a class, who have had the opportunity to sit at their feet in so many departments of instruction, and in none to greater advantage than that of economics and politics¹².«

Bei den Japanern war das ähnlich. Die Anregungen zur Beschäftigung mit sozialen Fragen, die sie von ihren deutschen Lehrern bekamen, hatten einen nachhaltigen Einfluss auf Fukuda Tokuzō, Kanai Noburu, Kuwata Kumazō, Takano Iwasaburō und Wadagaki Kenzō. Sie zählten später zu den wichtigsten japanischen Sozialreformern. Kanai besuchte nach seinem Studium

7 Erik GRIMMER-SOLEM, *The Rise of Historical Economics and Social Reform in Germany 1864–1894*, Oxford 2003, S. 171–186.

8 *Ibid.*, S. 184–186; Irmela GORGES, *Sozialforschung in Deutschland 1872–1914. Gesellschaftliche Einflüsse auf Themen- und Methodenwahl des Vereins für Sozialpolitik*, Frankfurt a. M. 1986, S. 78–104.

9 GRIMMER-SOLEM, *The Rise of Historical Economics* (wie Anm. 7), S. 185–186, 212–215.

10 SCHMOLLER, *Die beiden kaiserlichen Erlasse* (wie Anm. 1), S. 698.

11 Daniel T. RODGERS, *Atlantic Crossings. Social Politics in a Progressive Age*, Cambridge 1998, S. 101–107.

12 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, I. HA, Rep. 196 Bestand Verein für Sozialpolitik, Nr. 67, Bl. 92–93, Edmund J. James an die Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik, Philadelphia, 27. Februar 1893.

bei Schmoller in Berlin auf dessen Empfehlung England, um dort vor Ort die soziale Frage genauer zu erforschen. Im Oktober 1889 schrieb Kanai Noburu an Schmoller folgende Zeilen:

»Für Ihre persönliche Liebenswürdigkeit und ihre gütige Leitung in der nationalökonomischen Wissenschaft danke ich Ihnen nochmals. Seitdem ich Deutschland verlassen habe, ist es mir ganz gut gegangen. Ich [...] tue das Beste, die englischen sozialen volkswirtschaftlichen Verhältnisse kennenzulernen. Die wissenschaftliche Arbeit im strengen Sinn habe ich noch nicht angefangen; aber ich habe schon einige Wohltätigkeitsanstalten gesehen, wie z. B. die ›Homes‹ des Herrn Barnardo¹³, und interessiere mich sehr dafür. Mit der Frage des jüngsten great strikes of the dock-labourers habe ich mich auch einigermaßen beschäftigt¹⁴.«

Kanai Noburu und sein Kollege Kuwata Kumazō – der letztere war auch bei Schmoller und Wagner in Berlin gewesen – gründeten im Jahre 1896 einen japanischen Verein für Sozialpolitik auf der Kaiserlichen Universität Tokio, den Nihon Shakai Seisaku Gakkai¹⁵. Kanai Noburu glaubte, man könne aus den Erfahrungen in Deutschland und England lernen und im sich rasch industrialisierenden Japan vorbeugend eingreifen, um die schlimmsten Missstände der Europäer – auch die Sozialdemokratie – zu vermeiden¹⁶. Kanai Noburu diente ab 1898 als Delegierter im japanischen Hohen Rat für Landwirtschaft, Handel und Industrie, wo er seine Ansichten der japanischen Beamtschaft erstmalig vortrug. Die Gespräche des Hohen Rats wandten sich infolgedessen dem Thema der gefährlichen Arbeiterverhältnisse in japanischen Betrieben und der Frage der Rolle des Staates bei der Behebung dieser Gefahren zu¹⁷. Im Jahre 1900 wurde schließlich sogar ein Büro zur Untersuchung der Fabrikzustände im Ministerium für Landwirtschaft, Handel und Industrie eingerichtet und Kuwata als Berater und Forscher herangeholt, der dann mit anderen Mitarbeitern im Jahre 1903 die erste umfangreiche öffentliche Studie darüber vorlegen konnte (*Shokko Jijo*)¹⁸.

In den USA um 1880 und in Japan um 1890 war das Problem ein ähnliches wie in Deutschland um 1870: fehlendes empirisches Wissen über die Dimensionen der sozialen Probleme und Unverständnis und Skepsis bei den Behörden, die sich fast ausnahmslos auf Seiten der Unternehmer stellten, gepaart mit der fatalistischen Überzeugung der Öffentlichkeit, der Presse und der Politik, das Schicksal der Armen und der Arbeiterschaft sei eine gleichmäßige, ja von Gott oder der Natur geschaffene Ordnung, deren naturwissenschaftlicher Gesetzmäßigkeit man sich nur mit größten Gefahren entgegenstellen könne. Armut sei zwar bedauerlich, hieß es, aber doch ein nötiger Ansporn zur Strebsamkeit und deshalb für den Fortschritt unentbehr-

13 Thomas John Barnardo (1845–1905), Arzt, Philanthrop, und Pionier in der Sozialarbeit, der Heime für verarmte und verwahrloste Kinder in Londons East End gründete.

14 Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, VI. HA NI Schmoller, Nr. 183, Kanai Noburu an Gustav Schmoller, Saigon, 30. Oktober 1890.

15 Siehe hierzu Etsuji SUMIYA, Nihon Keizai Gakushi, Kyoto 1958, S. 151–198, 250–290; IIDA Kanae, Nihon shakai seisaku gakkai to keizaigaku kenkyū, in: Hiroshi TAKAYNAGI (Hg.), Nihon no keizaigaku. Nihonjin no keizaiteki shisui no kiseki, Tokio 1984, S. 51–92; Sheldon GARON, The State and Labor in Modern Japan, Berkeley 1987, S. 25–33.

16 Hannah KREIS, Bertram SCHEFOLD, Die Einführung des Gedankenguts der Deutschen Historischen Schule in Japan: Karl Rathgen und Noburu Kanai – eine weitreichende Lehrer-Schüler-Beziehung und die Gründung des Japanischen Vereins für Sozialpolitik, in: Heinz D. KURZ (Hg.), Der Einfluss deutschsprachigen wirtschaftswissenschaftlichen Denkens in Japan, Berlin 2012 (Schriften des Vereins für Sozialpolitik, Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie, 115/XXVII), S. 29–46, hier S. 39–40.

17 GARON, The State and Labor (wie Anm. 15), S. 26.

18 Ibid., S. 27.

lich. Es war also nötig, die Arbeiterfrage nicht nur durch Forschung und Lehre zu erhellen, sondern das Bewusstsein der Behörden und der Öffentlichkeit zu ändern und die Politik zu beeinflussen, um bereits bewährte Lösungen wie Fabrikgesetze und die Unfallversicherung auch in den USA und Japan einzuführen. Hierzu gründeten in den Vereinigten Staaten im Jahre 1905 die beiden Schmoller-Schüler Henry Farnam und Adna F. Weber die sich an der deutschen Gesellschaft für soziale Reform anlehrende American Association for Labor Legislation (AALL)¹⁹. Die AALL verstand sich explizit als Lobby für die Errichtung eines Sozialversicherungssystems und legte in ihren Publikationen Entwürfe für amerikanische Versicherungsgesetze vor, die sich stark an deutschen Vorbildern orientierten²⁰.

Japan erlebte eine erstaunlich schnelle industrielle Entwicklung nach 1895 und immer häufiger wurde über die neue *Rōdō Mondai*, die Arbeiterfrage, diskutiert, insbesondere über die sozialen Missstände, die der rasante und zügellose Industriefortschritt verursacht hatte. Schon während seines Grundstudiums in Tokio unter Wadagaki Kenzō und Kanai hatte sich Takano Iwasaburō an den ersten Versammlungen des japanischen Vereins für Sozialpolitik beteiligt²¹. Takano ging dann auf Staatskosten nach Deutschland, um Nationalökonomie und Statistik bei Georg von Mayr und Lujo Brentano zu studieren. 1919 gründete der osakanische Textilunternehmer und Philanthrop, Ohara Magosaburō, das bis heute bestehende Ohara Shakai Mondai Kenkujo (das Ohara Institut zur Erforschung der sozialen Frage) und holte Takano als ersten Direktor heran²². Das Ohara Institut leistete in den Folgejahren Pionierarbeit in der systematischen statistischen Erfassung von Arbeiterverhältnissen und sozialen Problemen in Japan und begann gleichzeitig damit vergleichende Länderstudien zu entwickeln.

Während des Russisch-Japanischen Kriegs (1904–05) kam es in Japan zu Arbeiterunruhen und Streiks, die die japanische Gesellschaft erschütterten und zu großer gesellschaftlicher Verunsicherung führten. Im Dezember 1907 hielt der japanische Verein für Sozialpolitik seine erste Jahresversammlung an der Kaiserlichen Universität Tokio ab, deren Hauptthema die Fabrikgesetzgebung war. Die Vorträge und Besprechungen waren öffentlich und unter den etwa 800 Hörern waren auch einige hohe Beamte aus dem japanischen Ministerium des Innern, dem Finanzministerium und dem Ministerium für Landwirtschaft, Handel und Industrie²³.

Trotz der engen Beziehungen zwischen Deutschland und Japan auf der Ebene des Rechts, der Verwaltung, und der Bildung war die japanische öffentliche Meinung nach 1895 zunehmend negativ gegen Deutschland gefärbt. Die öffentlichen Vorbehalte wurden unter anderem durch die taktlose deutsche Intervention zugunsten Russlands im Frieden von Shimonoseki im Jahre 1895 verursacht, die den ersten Chinesisch-Japanischen Krieg beendete²⁴. Ab 1898 war

19 ROGDGERS, *Atlantic Crossings* (wie Anm. 11), S. 236.

20 *Ibid.*, S. 251–257.

21 BYRON K. MARSHALL, *Academic Freedom and the Japanese Imperial University, 1868–1939*, Berkeley 1992, S. 100.

22 TSUYOSHI WADA, *Shoki Takano Iwasaburō no kōgyō keizairon—Fukuoka kōen (1918) wo chūshin ni*, in: *Keizai to keizaigaku* 81 (Juli 1996), S. 109–131; DERS., *Ohara Magosaburō, Takano Iwasaburō, Kawakami Hajime—Ohara shakai mondai kinkyū jo wo meguru shisō danshō*, in: *Keizai to keizaigaku* 82 (Februar 1997), S. 1–15.

23 SUMIYA, *Nihon Keizai Gakushi* (wie Anm. 15), S. 174, 188; KENNETH B. PYLE, *The Advantages of Followership: German Economics and Japanese Bureaucrats, 1890–1925*, in: *Journal of Japanese Studies* 1 (1974), S. 127–164, hier S. 151; JIRO KUMAGAI, *Orchestrating Economic Ideas: The Formation and Development of Economic Societies in Modern Japan*, in: Massimo M. AUGELLO, Marco E. L. GUIDI, *The Spread of Political Economy and the Professionalization of Economics. Economic Societies in Europe, America and Japan in the Nineteenth Century*, London, New York 2001 (Routledge Studies in the History of Economics, 50), S. 200–215, hier S. 209–211.

24 ROLF-HARALD WIPPICH, *Japan und die deutsche Fernostpolitik 1894–1898. Vom Ausbruch des Chinesisch-Japanischen Krieges bis zur Besetzung der Kiautschou-Bucht. Ein Beitrag zur Wilhelmischen Weltpolitik*, Wiesbaden 1987, S. 129–170.

Deutschland mit seinem Pachtgebiet Kiautschau auf der Shandong-Halbinsel zudem ein direkter Konkurrent Japans bei der machtpolitischen und wirtschaftlichen Erschließung Nordchinas geworden. 1902 stand Japan schon in einem Militärbündnis mit Großbritannien²⁵. In der Anpassung sozialpolitischer Ideen in Japan mied man deshalb nach 1900 jede direkte Assoziierung mit Bismarck oder Deutschland. In der Rechtfertigung der ersten japanischen Fabrikgesetze im Jahre 1911 berief man sich entsprechend demonstrativ nicht auf die Bismarcksche Idee eines preußischen sozialen Königtums – obwohl sie für die Überlegungen von Ministerpräsident Katsura Tarō eine deutliche Rolle gespielt hatten (General Tarō war übrigens selbst Absolvent der Berliner Kriegsakademie und sehr germanophil). Stattdessen betonte Katsura Tarō die Kontinuität mit althergebrachten konfuzianischen Traditionen der Fürsorge, die schon in der Sozialpolitik der Tokugawa Schogune in Japan maßgebend gewesen waren²⁶.

Ein Krankenversicherungsgesetz für Arbeitnehmer wurde in Japan erst 1921 verabschiedet. Im Jahre 1938 wurde der Krankenversicherungszwang auf Selbstständige erweitert und eine rudimentäre Alters-, Invaliden und Hinterbliebenenversicherung verabschiedet. 1944 unter dem Druck der Entbehrungen des Zweiten Weltkriegs wurde schließlich eine Altersversorgung für Arbeitnehmer eingeführt. Allerdings wurde der japanische Sozialstaat, wie er heute jedem Japaner bekannt ist, erst in der Nachkriegszeit ausgebaut²⁷.

In den Vereinigten Staaten war die Assoziierung der deutschen Sozialversicherung mit Bismarck und Deutschland ebenfalls ein Problem in der Popularisierung von Sozialpolitik. Dies zeigte sich z. B. auch anhand des germanophilen Theodore Roosevelt, der Deutsch sprach, einen Teil seiner Jugend in Dresden verbracht hatte, Bismarck verehrte und während seiner Amtszeit freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland pflegte²⁸. In der intensiven Kampagne für die Unfallversicherung vor 1914 berief er sich merkwürdigerweise eher auf das Beispiel David Lloyd Georges – merkwürdig deshalb, weil Großbritannien im Gegensatz zu Deutschland den Arbeiterschutz durch Fabrikgesetze und das Haftpflichtprinzip bewältigt hatte und erst viel später (1906) einen allgemeinen Unfallversicherungszwang gesetzlich verabschiedete²⁹. Spannungen mit Deutschland während des Spanisch-Amerikanischen Kriegs 1898, um Samoa 1899 und um Venezuela 1902/03 beeinflussten die öffentliche Meinung in den USA in dieser Zeit merklich negativ gegenüber Deutschland³⁰. Ab 1915 und besonders nach dem amerikanischen Kriegseintritt 1917 war jeder Hinweis auf deutsche Vorbilder in der Sozialversicherung tabu³¹. Die Bezugnahme auf Lloyd George war indes später nicht unberechtigt, denn mit dem National Insurance Act von 1911 hinkte Deutschland im Ausbau des Sozialstaats Großbritannien zunehmend hinterher – erst im Jahre 1927 wurde in Deutschland die Arbeitslosenversicherung eingeführt. Ihre ersten Erfolge konnten die amerikanischen Bestrebungen allerdings nicht auf nationaler, sondern auf Länderebene feiern. 1910 trat im Bundesstaat New York ein Unfallversicherungsgesetz in Kraft und bis 1913 verabschiedeten 21 weitere US-Bundesstaaten ähnliche Gesetze³².

25 Ibid., S. 346–400; zum Hintergrund dieses Bündnisses siehe Thomas G. OTTE, *The China Question. Great Power Rivalry and British Isolation, 1894–1905*, Oxford 2007, S. 269–325.

26 GARON, *The State and Labor* (wie Anm. 15), S. 32.

27 Für eine Übersicht der Entwicklung des japanischen Sozialstaats siehe Naomi MARUO, *The Development of the Welfare Mix in Japan*, in: Richard ROSE, Rei SHIRATORI, *The Welfare State East and West*, New York, Oxford 1986, S. 64–78.

28 Edmund MORRIS, *The Rise of Theodor Roosevelt*, New York 1979 [2001], S. 43–47; DERS., *Theodore Rex*, New York 2001, S. 178; Nancy MITCHELL, *The Danger of Dreams. German and American Imperialism in Latin America*, Chapel Hill, London 1999, S. 75–76, 132–135.

29 RODGERS, *Atlantic Crossings* (wie Anm. 11), S. 254, 257.

30 MITCHELL, *The Danger of Dreams* (wie Anm. 28), S. 21–42, 82–107.

31 RODGERS, *Atlantic Crossings* (wie Anm. 11), S. 257.

32 Ibid., S. 247.

Der erste Weltkrieg und der danach folgende amerikanische Wirtschaftsboom nahmen der amerikanischen Progressiven Bewegung ihren Schwung. Alles Deutsche, teilweise sogar alles Europäische, wurde suspekt, und Unternehmer, Ärzte und Versicherungen gingen in die Offensive gegen öffentliche Versicherungsbestrebungen. Sie beriefen sich dabei gerne auf einen *American Exceptionalism*, einen Diskurs, der Sozialversicherungen schnell als Ausgeburt deutscher bzw. europäischer Formen des Sozialismus abstempeln ließ³³. Doch in der Wirtschaftskrise der 1930er Jahre gab es einen dramatischen Kurswechsel mit Präsident Franklin Delano Roosevelts *New Deal*. Die Wirtschaftskrise zeigte deutlich, wie leicht sogar die Mittelschicht durch Börsen- und Bankkrach und Massenarbeitslosigkeit in Armut gestürzt werden konnte. Banken und Versicherungsfirmer gingen unter und mit ihnen Sparbücher, Renten, sowie Kranken- und Lebensversicherungen. Dauerarbeitslosigkeit traf Millionen Menschen, die ihre Versicherungsbeiträge nicht mehr zahlen konnten. Armut und Abhängigkeit wurden besonders akute Probleme bei älteren Menschen, derer damals nur ein kleiner Teil Anspruch auf Rentenzahlungen des Staates oder des früheren Arbeitgebers hatte.

Roosevelts Ministerin für Arbeit, Frances Perkins, die erste Bundesministerin in einem amerikanischen Regierungskabinett, wurde deshalb von Roosevelt mit dem Entwurf eines bundesweiten Sozialversicherungssystems beauftragt³⁴. Perkins versammelte eine hervorragende Gruppe von Experten um sich, die sich gut in deutschen und anderen europäischen Sozialversicherungssystemen auskannten. Zu ihnen zählten Bryce Stewart, Barbara Armstrong und Edwin Witte. Viele von ihnen hatten selbst durch Studium und Forschungsreisen in Europa ihr Fachwissen erworben und viele waren Schüler der Generation amerikanischer Nationalökonominnen, die vor 1914 zum Studium in Deutschland gewesen waren³⁵. Frances Perkins selbst hatte bei Edwin Seligman an der Columbia University Volkswirtschaft und Soziologie studiert³⁶. Seligman, der durch sein Studium bei Schmoller und Wagner in Berlin sehr stark geprägt worden war, war – wie schon erwähnt – Mitbegründer des amerikanischen Vereins für Sozialpolitik und im Progressive Movement sehr aktiv, unter anderem in Florence Kellys National Consumers League³⁷. Seligman war zu seiner Zeit der führende Verfechter der progressiven Einkommenssteuer in den USA³⁸.

Unter den Umständen der 1930er Jahre war es verständlich, dass Frances Perkins und ihr Expertenteam bei der Abfassung des Social Security Acts jeden direkten Hinweis auf Deutschland mieden. Trotz starker Opposition im US-Kongress wurde der Social Security Act im Jahre 1935 verabschiedet, ein Gesetz zur universalen Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung. Eine öffentliche Krankenversicherung war ursprünglich auch Teil der Gesetzesvorlage, scheiterte aber an der Opposition der Ärztelobby³⁹. *Social Security* ist übrigens heute zusammen mit *Medicare* (Krankenversicherung für Ältere und Behinderte) und den Nationalparks laut Umfragen das populärste Regierungsprogramm der Vereinigten Staaten⁴⁰.

33 Ibid., S. 259–65, 305–306, 377–380.

34 Kirsten DOWNEY, *The Woman Behind the New Deal. The Life of Frances Perkins, FDR's Secretary of Labor and His Moral Conscience*, New York 2009, S. 230–245.

35 RODGERS, *Atlantic Crossings* (wie Anm. 11), S. 438–442.

36 Susan WARE, *Beyond Suffrage. Women in the New Deal*, Cambridge, London 1981, S. 23.

37 RODGERS, *Atlantic Crossings* (wie Anm. 11), S. 237.

38 Über Seligman und Perkins im New Yorker *Progressive* Milieu siehe John Louis RECCHIUTI, *Civic Engagement. Social Science and Progressive-Era Reform in New York City, Philadelphia 2007*.

39 RODGERS, *Atlantic Crossings* (wie Anm. 11), S. 442–446.

40 Humphrey TAYLOR, *Medicare, Crime-fighting, Social Security, Defense – the Most Popular Federal Government Services*, in: *The Harris Poll 5* (10. Januar 2010). (<http://www.harrisinteractive.com/NewsRoom/HarrisPolls/tabid/447/ctl/ReadCustom%20Default/mid/1508/ArticleId/257/Default.aspx>), Zugriff am 12. Mai 2015.

Fazit

Die Verbreitung der Bismarckschen Sozialpolitik, insbesondere der Sozialversicherung, in den USA und in Japan kann man mit gutem Grund als Globalisierung des bildungsbürgerlichen Engagements in sozialen Fragen bezeichnen. Die neuen Verkehrsmittel, die deutschen Universitäten und die frühe sozialpolitische Tätigkeit deutscher Professoren haben diesen Prozess ermöglicht. Die Integration der Arbeiterfrage in Lehre und Forschung, die Gründung von Vereinen und Instituten, die aktive Publizistik für Reformen, die Belehrung und Beratung der Behörden, und die Lobby für Sozialgesetze waren Bestandteile der deutschen Sozialpolitik, die in ihren Grundzügen auch in den Vereinigten Staaten und in Japan ihren Siegeszug antraten.

Eine direkte Übertragung Bismarckscher Konzepte und Deutscher Sozialversicherungsmodelle kam jedoch in den wenigsten Fällen in Betracht. Vielmehr musste die Bismarcksche Sozialversicherung den Bedingungen und Institutionen vor Ort angepasst und auf spezifisch nationale Weise legitimiert werden. Bismarck und Deutschland waren wegen der internationalen politischen Spannungen nach 1895 umstritten und belasteten die Legitimierung und Popularisierung neuer sozialpolitischer Konzepte, die auch innenpolitisch nicht unumstritten war. Dennoch ist es unbestreitbar, dass der deutsche Einfluss auf die japanische und amerikanische Sozialpolitik, wenn auch oft hinter den Kulissen der nationalen Politik, von tiefgreifender, ja entscheidender Bedeutung war. Trotz ihres besonderen deutschen Ursprungs zeigte sich die Sozialversicherung als eine ungemein flexible und effektive Institution, die Krankheit, Invalidität, Armut, Unsicherheit, Abhängigkeit und Erniedrigung der Arbeiterschaft wirksam und kosteneffektiv begegnete. Die Sozialversicherung bleibt trotz des industriellen Strukturwandels, der Alterung der Gesellschaft, und den Herausforderungen der Globalisierung eine der größten Errungenschaften des modernen Zeitalters und ist heute einer der Eckpfeiler effektiver Staatlichkeit und funktionierender Demokratie weltweit.